

Wahlprüfsteine Stadt Elternvertretung Halle (Saale)

1. Welche familienpolitischen Ziele/Forderungen verfolgen Sie für die Stadt Halle?

Familienpolitik ist für uns kein isoliertes Politikfeld. Wir denken bei allen Entscheidungen in unserer Stadt an die Auswirkungen auf Familien in unserer Stadt.

Das beginnt beispielsweise bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen. Gerade Familien haben einen größeren Raumbedarf als andere. Deswegen muss es in Halle ein ausreichendes Angebot an Wohnungen mit drei oder mehr Räumen geben. Diese Wohnungen müssen zudem erschwinglich sein.

Außerdem ist uns eine familienfreundliche Infrastruktur wichtig. Dabei denken wir vor allem an Spiel- und Freizeitflächen und eine ausreichende Anzahl von sauberen Grünflächen, die zum Verweilen einladen. Aber auch die Öffnungszeiten von Kitas und Schulen müssen die Lebenswelten der Eltern berücksichtigen.

Außerdem sind Stadt und kommunale Unternehmen auch wichtige Arbeitgeber. Wir unterstützen, dass dort gerade für Eltern flexible Arbeitszeitmodelle und Home-Office angeboten werden.

2. Wie steht Ihre Partei zum Thema Verkehrssicherheit vor Kindertageseinrichtungen?

Für uns ist klar: Orte, an denen sich Kinder aufhalten, müssen auch sicher sein.

Deswegen sind gerade vor Kindertageseinrichtungen Verkehrsberuhigungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen (z.B. Tempo 30) zwingend notwendig.

Darüber hinaus müssen aus unserer Sicht Angebote zur Verkehrserziehung feste Bestandteile der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen sein.

3. Wie kann man aus Sicht Ihrer Partei die Integration von Kindern mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen besser fördern?

Wir befürworten, dass Kinder mit und ohne Assistenzbedarf in gemeinsamen Gruppen untergebracht werden anstatt getrennt. Kita-Erzieher:innen sollten mithilfe von Weiterbildungen der Erwerb von spezifischen Zusatzqualifikationen ermöglicht werden. Dabei sollen auch multiprofessionelle Teams aus Mitarbeiter:innen, die für Sprachvermittlung, den Umgang mit Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in Motorik, Verhalten und geistiger Entwicklung qualifiziert sind sowie Heilpädagog:innen zum Einsatz kommen. Unverzichtbar sind dafür entsprechende inklusive Bildungskonzepte wie beispielsweise Peerprogramme. Und auch auf baulicher Ebene müssen die Voraussetzungen für Barrierefreiheit geschaffen werden: Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei Sanierungen und Neubauten von Kindertageseinrichtungen ebenso wie von Schulen der Abbau von Barrieren mitgedacht wird.

4. Wie können aus Sicht Ihrer Partei Maßnahmen zur Sicherung und/oder Verbesserung der Qualität in Kindertageseinrichtungen erreicht werden?

Wir setzen uns dafür ein, dass Kitas als Bildungseinrichtungen wahr- und ernstgenommen werden – und nicht nur als Betreuungsort. Zeitgemäße pädagogische Konzepte und Qualitätsstandards müssen unteretzt werden: mit einem besseren Personalschlüssel, der kleinere Gruppengrößen ermöglicht und mit einer zeitgemäßen Ausstattung an Räumlichkeiten, Spielmaterialien und pädagogischen Materialien. Erzieher:innen benötigen Vor- und Nachbereitungszeit für Bildungsangebote. Ebenso sollten Möglichkeiten geschaffen werden, auf Kinder, bei denen Defizite in der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurden stärker einzugehen. Darüber hinaus müssen wir Hort und Schule besser miteinander vernetzen im Sinne einer Ganztagsbildung. Die Rolle der Eltern muss bei der Verbesserung

der Situation stets miteinbezogen werden. Deshalb braucht es die stetige Beteiligung der Eltern, um die Kitas und Horte besser zu machen.

Halle ist bei der Kinderbetreuung gut aufgestellt. Zugleich geht es ohne kräftige Unterstützung des Landes und Bundes in diesem gesellschaftlich wichtigen Bereich nicht. Deshalb sind wir diesbezüglich im stetigen Austausch mit den SPD-Landes- und Bundespolitiker:innen.

5. Sind aus Sicht Ihrer Partei Kindertageseinrichtungen Bildungsstätten?

Ja. Kindertageseinrichtungen sind für uns wichtige Bildungsorte. Sie sind schon lange keine bloßen Aufbewahrungsorte für Kinder mehr. Durch die wichtige Arbeit in den Kindertageseinrichtungen wird die Grundlage für den Bildungserfolg der Kinder gelegt. Orientierung bietet hierfür das Programm Bildung:elementar.

6. Ist die Finanzierung von Bildung aus Sicht Ihrer Partei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe?

Ja, die Finanzierung der staatlichen Bildungsangebote ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nur durch eine umfassende Ausfinanzierung unseres Bildungswesens durch staatliche Mittel stellen wir sicher, dass der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Als finanzschwache Kommune sind wir dabei insbesondere auf Unterstützung durch die Bundes- und Landesebene angewiesen. Ein gutes Beispiel sind Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern, die eine beitragsfreie Kinderbetreuung ermöglichen. Das ist auch abseits aller Diskussionen um die Erhöhung der Kita-Beiträge, die wir bislang erfolgreich verhindern konnten, unser Ziel für Halle und Sachsen-Anhalt.

7. Welche Vorschläge hat Ihre Partei auf kommunaler Ebene, um die Kosten für die Kindertagesbetreuung zukünftig zu finanzieren?

Oberste Priorität hat es für uns, einen umfassenden Ansatz zur Verbesserung der prekären Finanzsituation der Stadt zu verfolgen, beispielsweise durch gesteigerte Steuererträge in Folge einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Durch eine solide finanzielle Basis können wir sicherstellen, dass die gestiegenen Kosten für die Kindertagesbetreuung nicht durch erhöhte Beiträge finanziert werden müssen. Darüber hinaus braucht es auch eine stärkere Unterstützung des Landes bis hin zu einer beitragsfreien Kinderbetreuung.

8. Wie steht Ihre Partei zu der Aussage, "Die Essensversorgung in den Kindertageseinrichtungen sollte für alle Kinder kostenfrei sein."?

Wir stimmen der Aussage ohne Vorbehalte zu. Die SPD setzt sich schon seit vielen Jahren für ein kostenfreies Mittagessen an den Kitas und Schulen ein. Diese Maßnahme ist für uns nicht nur aus sozialen Gesichtspunkten wichtig – sie ist auch ohne großen Aufwand umsetzbar. Vorab muss die Dichte an Essensversorgern abgeglichen und angepasst werden. Zudem müssen die Standards der Verpflegung an Kitas und Schulen an die Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angepasst werden.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die Haushaltslage der Stadt unsere Initiativen in dieser Hinsicht bisher verhindert haben. In Zeiten knapper Kassen stehen die städtischen Pflichtaufgaben an erster Stelle. Eine kostenfreie Essensversorgung gehört zu den freiwilligen Leistungen und ist bislang immer hinten runtergefallen.